

## A-1 Perspektiven aus der Pandemie - Niedriginzidenzstrategie für Sachsen-Anhalt jetzt angehen

Gremium: Landesvorstand, Cornelia Lüddemann (KV Dessau-Roßlau), Sebastian Striegel (KV Saalekreis), Claudia Dalbert (SV Halle)  
Beschlussdatum: 19.04.2021  
Tagesordnungspunkt: 3. Debatte zu Pandemie-Politik

### Antragstext

18 In Deutschland und Sachsen-Anhalt steigen die Infektionszahlen seit Ende Februar  
19 wieder exponentiell an. Als Bundesland mit den nunmehr viertschlechtesten Werten  
20 bewegt sich die 7-Tage-Inzidenz in Sachsen-Anhalt aktuell rund um den Wert von  
21 200. Tendenz steigend.

22 Die Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin geht davon aus, dass bis Ende  
23 April mindestens 6.000 Intensivbetten in Deutschland durch Covid-19-Kranke  
24 belegt sein werden – so viele wie auf dem Höhepunkt der zweiten Welle im  
25 Dezember des vergangenen Jahres. Spätestens im Mai wird diese Zahl nach den  
26 Prognosen überschritten werden. Im Süden unseres Bundeslandes sind die Kliniken  
27 bereits am Limit. Im ganzen Land sind Ärztinnen und Ärzte sowie die Pflegenden  
28 nach über einem Jahr Pandemie erschöpft und ausgebrannt.

29 Bereits jetzt müssen erneut Operationen in den Kliniken verschoben werden und  
30 die Gefahr, dass es zu einer Triage in Krankenhäusern der Bundesrepublik kommen  
31 kann, steigt täglich.

32 Das von Bund und Ländern im Sommer 2020 gesetzte Ziel, eine 7-Tage-Inzidenz von  
33 50 auf 100.000 Einwohner\*innen nicht zu überschreiten, wird bereits seit Oktober  
34 des vergangenen Jahres nicht mehr eingehalten.

35 Der seit Monaten andauernde inkonsequente und nicht alle gesellschaftlichen  
36 Bereiche gleichmäßig einbeziehende Lockdown führt u.a. zu massiven  
37 Unterrichtsausfällen und klassenweisen Quarantänen, Schließung von  
38 Ladengeschäften, Betrieben und Kultureinrichtungen, Existenzangst, Burn-Out-  
39 Erkrankungen sowie psychischen und emotionalen Schäden.

40 Wir alle sehnen uns derweil nach Besuchen bei Freund\*innen und Familie,  
41 durchtanzten Nächten, Biergartenabenden, Theaterbesuchen und so vielem mehr,  
42 ohne dafür unsere Gesundheit, unser Leben oder das anderer Menschen zu  
43 gefährden. Die Einschränkungen seit März 2021 bringen uns diesem Ziel nicht  
44 näher. Sie lassen die Pandemie außer Kontrolle geraten und bringen gleichzeitig  
45 viele Menschen psychisch und physisch an ihre Grenzen. Mit diesen inkonsequenten  
46 Maßnahmen werden wir weiter Menschen in der Pflege, Familien,  
47 Kleinunternehmer\*innen, Künstler\*innen und viele andere unmenschlichen  
48 Belastungen aussetzen und zehntausende vermeidbare Tote ebenso wie Long-COVID-  
49 Betroffene beklagen.

50 Die nach dem Scheitern der Ministerpräsidentenkonferenz nun notwendig gewordene  
51 „Bundesnotbremse“ bei einer 7-Tage Inzidenz ab 100 begrüßen wir grundsätzlich.  
52 Ihre Ausgestaltung kritisieren wir. Sie löst das Problem nicht und wird – so  
53 lange die Bundesländer keine eigenen, konsequenten Maßnahmen ergreifen – weiter  
54 zu einem gefährlichen Jojo-Effekt führen.

55 Angesichts des weltweiten Infektionsgeschehens, und immer neu auftretender  
56 Mutationen hilft nur eine Niedriginzidenzstrategie, eine Perspektive zu

57 entwickeln. Ein starkes Infektionsgeschehen bei laufender Impfkampagne erhöht  
58 die Wahrscheinlichkeit, dass Mutationen auftreten, gegen die verfügbare  
59 Impfstoffe nichts oder nur wenig ausrichten können. Nur niedrige Inzidenzen  
60 sichern dauerhaft den Impferfolg und ermöglichen einen Ausweg aus der Pandemie.

61 Nur mit einer Niedrig-Inzidenz-Strategie können wir verhindern, dass unser  
62 Gesundheitssystem zusammenbricht. Wir haben es jetzt in der Hand, vermeidbare  
63 Todesopfer und Langzeiterkrankungen zu verhindern.

64 Länder wie Portugal haben gezeigt, dass eine Niedrig-Inzidenz-Strategie auch  
65 unter den Bedingungen der aktuellen Mutationen möglich ist. Wir halten  
66 konsequente und wirksame Maßnahmen für notwendig,

67 Gesamtgesellschaftliche Verantwortung tragen

68 In der Vergangenheit wurden einzelne Lockerungen und Ausnahmen stets mit dem  
69 Argument begründet, dass das Ausbruchsgeschehen in genau diesem Bereich nicht  
70 signifikant zum Gesamtgeschehen beitrage. Die Pandemie ist allerdings genau  
71 deshalb so schwer zu bekämpfen, weil sich das Gesamtgeschehen mittlerweile aus  
72 vielen Infektionsherden zusammensetzt. Folglich ist die einzige Lösung in allen  
73 Bereichen des öffentlichen und privaten Lebens Einschränkungen als Ausdruck  
74 einer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung jetzt gemeinsam und schnell  
75 umzusetzen.

76 Konsequente Maßnahmen im Wirtschafts- und Berufsleben

77 Viele Unternehmen handeln in der Pandemie verantwortungsvoll und umsichtig.  
78 Dennoch wird deutlich, dass die freiwillige Selbstverpflichtung für Home-Office  
79 von zu vielen Unternehmen noch immer nicht ausreichend umgesetzt wird. Im  
80 Infektionsschutzgesetz wollen wir daher eine Home-Office-Pflicht für alle  
81 Arbeitsplätze einführen, an denen das möglich ist. Wo weiterhin in Präsenz  
82 gearbeitet werden muss, soll von den Unternehmen ein verbindlicher Selbsttest  
83 für alle Arbeitnehmer\*innen zweimal pro Woche umgesetzt werden.

84 Die öffentliche Verwaltung muss dabei als Vorbild vorangehen.

85 Organisation des Schul- und Kitabetriebs

86 Uns liegt das Kindeswohl am Herzen. Deshalb machen wir uns hier die Entscheidung  
87 nicht leicht. Wir wollen eine sorgfältige Abwägung zwischen dem Kindeswohl und  
88 dem Infektionsschutz treffen. Eine hochinzidente Pandemielage mit Infektionen,  
89 die von den Kindern in die Familien getragen werden und dort dramatische Folgen  
90 haben können, sind für Kinder und Jugendliche mindestens ebenso belastend sein  
91 wie lange Zeiten von ausschließlichem Distanzunterricht.

92 Niedrige Inzidenzen sind deshalb die beste Garantie dafür, das Kindeswohl in  
93 allen Belangen schützen zu können. Die nun im Infektionsschutzgesetz genannte  
94 Grenze von 165 für den Wechsel in den Distanzunterricht ist zu hoch und für das  
95 Kindeswohl kontraproduktiv. Deshalb fordern, wir den Schwellenwert deutlich  
96 abzusenken.

97 Eine mindestens zweimalige Testpflicht je Woche soll in den Schulen so lange  
98 aufrechterhalten werden, bis die Impfquote in der Gesamtbevölkerung ausreichend  
99 hoch ist. Wir trauen auch Kitakindern zu, sich testen zu lassen und begrüßen  
100 deshalb die Testangebote des Sozialministeriums an alle Kita-Kinder.

101 Die notwendige Betreuung der Kinder durch einen Elternteil wollen wir auch  
102 arbeitsrechtlich mit zusätzlichen Tagen absichern.

103 Kontrolle und Durchsetzung der Maßnahmen

104 Ein Grund für die negative Entwicklung der Pandemie seit dem vergangenen Herbst  
105 ist die halbherzige Umsetzung der Maßnahmen, ja das aktive Verwässern durch  
106 einige Ministerpräsidenten.

107 Beschlossene Maßnahmen wollen wir konsequent umsetzen. Ihre Durchsetzung muss  
108 kontrolliert werden. Das bedeutet, dass die Regeln im öffentlichen Raum, den  
109 Betrieben und z.B. bei der Durchsetzung der Quarantäne stärker kontrolliert  
110 werden müssen. Nur mit wirksamen Maßnahmen, konsequenter Durchsetzung und  
111 effizienter Kontrolle bekommen wir die Pandemie in den Griff.

112 Ergänzung der Inzidenz-Zahl um eine weitere Kennzahl

113 Zu der Inzidenz-Zahl sollte eine weitere Messgröße hinzutreten: die Zahl der  
114 Covid-19-Erkrankten, die auf Intensivstationen aufgenommen werden. Diese Zahl  
115 ist ein verlässlicher und unbestechlicher Indikator für die Entwicklung der  
116 Pandemie, die Auswirkung neuer Mutationen und auch für die Wirksamkeit von  
117 Impfungen in den kommenden Monaten. Ob sie hoch ist oder niedrig, ob sie steigt  
118 oder sinkt, soll rechtzeitig vor der Überlastung von Kliniken in die Betrachtung  
119 einbezogen werden.

120 Wir wollen auch die Datengrundlage für politische Entscheidungen verbessern und  
121 mehr Daten zur Beurteilung der pandemischen Lage öffentlich bereitstellen.

122 Unterscheidung zwischen drinnen und draußen

123 Die aktuelle Studienlage zeigt, dass sich in der nun anstehenden wärmeren  
124 Jahreszeit Möglichkeiten bieten, im Außenraum anders mit der Pandemie umzugehen  
125 als in Innenräumen. Im Frühjahr und Sommer sollten deshalb Sport für Kinder im  
126 Außenraum und auch Begegnungen zwischen Menschen aus zwei Haushalten möglich  
127 sein. Die Öffnung der Außengastronomie und entsprechende Modellprojekte können  
128 aber erst in Betracht gezogen werden, wenn wir eine Inzidenz von unter 100  
129 erreicht haben und diese wissenschaftlich begleitet werden.

130 Konsequente, wirksame Maßnahmen für alle Bereiche der Gesellschaft, solidarisch  
131 getragen, sind unser Ziel. Erst eine Niedriginzidenzstrategie, die erreichte  
132 Erfolge sichert, statt sie zu verspielen, bietet eine Perspektive für alle  
133 Menschen und die Möglichkeit, unsere Freiheiten dauerhaft zurückzugewinnen

134 All dies schaffen wir nur, wenn wir es allen Menschen in Sachsen-Anhalt  
135 ermöglichen, die nächsten Wochen auch finanziell zu überstehen. Wir brauchen  
136 daher ein schnelles, solidarisches und unbürokratisches System, das  
137 sicherstellt, dass Löhne, Gehälter, Sozialleistungen, Bafög usw. weitergezahlt  
138 werden. Wir wissen, dass unsere Forderungen eine große Belastung für Menschen –  
139 insbesondere für Kinder und sozial vulnerable Gruppen – darstellen.

140 Wir sind uns bewusst, dass alle Menschen müde sind und das Vertrauen in die  
141 politischen Entscheidungen erodiert. Genau aus diesem Grund sollten wir uns  
142 jetzt auf einen Weg begeben, der eine tatsächliche Entspannung der Pandemielage  
143 innerhalb weniger Wochen ermöglicht und diese Erfolge nachhaltig sichert. So  
144 können wir unsere Freiheiten zurückgewinnen.

## Begründung

Mit Beschluss vom 3. März 2021 hatten die Bundeskanzlerin und die Regierungschefs der Länder vereinbart, dass ab einer Sieben-Tage-Inzidenz von über 100 eine so genannte Notbremse greifen soll: „Steigt die 7-Tage-Inzidenz pro 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner an drei aufeinander folgenden Tagen in einem Bundesland oder einer Region auf über 100, treten ab dem zweiten darauffolgenden Werktag die Regeln, die bis zum 7. März gegolten haben, wieder in Kraft (Notbremse)“. Im Beschluss der MPK vom 22. März 2021 wurde eine konsequente Umsetzung betont: „Angesichts der exponentiell steigenden Infektionsdynamik muss die im letzten Beschluss vereinbarte Notbremse für alle inzidenzabhängigen Öffnungsschritte [...] konsequent umgesetzt werden“. Eine Umsetzung erfolgte dennoch nicht konsequent in allen Bundesländern, weshalb Bundeskanzlerin Angela Merkel am 28. März 2021 eine mögliche Anpassung des Infektionsschutzgesetzes öffentlich in die Diskussion einbrachte. Am 13. April 2021 verabschiedete die Bundesregierung den Entwurf eines Vierten Gesetzes zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite.

Der Gesetzentwurf wurde nach dem Antragsschluss unseres Parteitages am 24. März 2021 in den Deutschen Bundestag eingebracht. Eine Dringlichkeit des Antrags "Perspektiven aus der Pandemie" ist deshalb zu bejahen.